

25.09.2019
158d

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Prof. Dr. Andreas Löschel (Münster),
Mitglied der Arbeitsgruppe für ökologische Fragen
der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der
Deutschen Bischofskonferenz
im Pressegespräch zum Thema
„Aktuelle Fragen zur Amazonassynode und zur Klimadebatte“
zur Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz
am 25. September 2019 in Fulda

Die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz hat ihre Arbeitsgruppe für ökologische Fragen gebeten, einen Expertentext zum Klimaschutz zu erarbeiten, der zu Beginn des Jahres vorgestellt wurde. Die „Zehn Thesen zum Klimaschutz“ wollen angesichts der Dringlichkeit des Klimaschutzes Orientierung und konkrete Anstöße dafür geben, dass diese Einsichten auch im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kirchlichen Handeln umgesetzt werden.

Ausgangspunkt ist die Umwelt- und Sozialzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus, die den gegenwärtigen Klimawandel als „eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen an die Menschheit“ benennt. Doch trotz fundierter weltweiter Forschung zum Klimawandel und weitreichender Beschlüsse zum Klimaschutz gelingt der Weltgesellschaft bisher kein wirksames Umsteuern.

Mit dem Übereinkommen von Paris zum Klimaschutz ist es zwar erstmals gelungen, ein weltweites Klimaabkommen zu beschließen, um die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu halten. Die bisherigen Selbstverpflichtungen zum Klimaschutz reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um das vereinbarte Ziel auch nur annähernd zu erreichen. Deshalb ist es jetzt wichtig, die jeweiligen nationalen Beiträge deutlich zu steigern. Das verbleibende CO₂-Budget ist äußerst beschränkt und auch viele Klimasenken drohen verloren zu gehen, etwa durch den Verlust und die Degradierung der Wälder und Böden.

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Für Deutschland bedeutet das, so früh wie möglich, spätestens zum Jahr 2050 Treibhausgasneutralität anzustreben. Ein deutsches Klimaschutzgesetz muss einen rechtlich verbindlichen Rahmen und klare institutionelle Verfahren und Zuständigkeiten schaffen. Klimapolitik ist nur glaubhaft, wenn die Vereinbarungen zielorientiert und konsequent auch umgesetzt werden. Dabei hat Politik die Verpflichtung, die Folgekosten wirtschaftlichen Handelns offenzulegen und Rahmenbedingungen für den Klimaschutz zu schaffen. Alle Handlungsfelder müssen in den Blick genommen werden: Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft sind klimaverträglich auszugestalten.

Gleichzeitig sind alle Menschen aufgerufen, durch einen umweltschonenden Lebensstil, etwa bei Ernährung und Mobilität, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Jede und jeder Einzelne kann so den gesellschaftlichen Wandel beschleunigen. Dabei geht es um eine Veränderung der Konsumgewohnheiten für ein anderes, ein gutes Leben, welche die Ernährung und den Umgang mit Lebensmitteln ebenso betreffen wie die Art unserer Mobilität.

Eine besondere Bedeutung spielt beim langfristigen Rahmen der Preis für CO₂, der sich an den Schäden des Klimawandels orientieren muss. Neben einer deutlichen Verbesserung der Energieeffizienz muss insbesondere der Ausbau erneuerbarer Energien stärker in den Fokus genommen werden. Erneuerbare Energien sind für das Gelingen der Energiewende und den Ausstieg aus der Kohle von größter Bedeutung.

Die Energiewende kann zu einschneidenden Veränderungen im eigenen Lebensumfeld führen. Um die Akzeptanz der Energiewende zu erhalten, müssen Verbraucher und Erzeuger nicht nur besser informiert werden, ihnen sollten auch größere Beteiligungschancen eingeräumt werden. Soziale Härten können durch zielgerichtete Entlastungen im Sinne der Klimagerechtigkeit wenigstens abgefedert und einkommensschwächere Haushalte in der Energietransformation unterstützt werden.

Mit den Beschlüssen des Klimakabinetts liegen nun konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele 2030 vor. In einigen Bereichen entsprechen die Eckpunkte den Empfehlungen der „Zehn Thesen zum Klimaschutz“, etwa bei der gesetzlichen Umsetzung des Klimaschutzprogramms und dem strikten Monitoring der Zielerreichung, welche Klimaschutz verlässlich und planbar macht. Auch wird es nach den Beschlüssen des Klimakabinetts in Deutschland in allen Sektoren einen CO₂-Preis geben. Allerdings sind die für die Jahre des Einstiegs anvisierten CO₂-Preise schlichtweg zu niedrig gewählt. Die Anstrengungen zum Klimaschutz reichen nicht aus. Stattdessen steht die Minderung möglicher Belastungen im Mittelpunkt. Dabei zeigen etliche Studien, dass die Verteilungswirkungen der vorgesehenen CO₂-Bepreisung überschaubar bleiben dürften. Die Politik ist hier gefragt, sich für eine noch ambitioniertere Klimapolitik zu entscheiden, zum Wohle aller und nötigenfalls auch gegen Widerstände.